Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Leipzig, Kaden & Komp., Nr. 20613.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementspreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Bringerlohn monatlich 1.30 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 4.10 M., unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 6.50. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Inserate werden die 7gespaltene Petitzeile mit 45 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinsanzeigen. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 98. | Dresden, Montag den 29. April 1918. | 29. Jahrg.

Kritische Stunde.

Preußentag der Nationalliberalen. — Unsicherheit über die Haltung der Regierung.

Preußen und Deutschland stehen vor einer Entscheidung, die nicht nur für die innere Politik, sondern auch für Fortführung und Ausgang des Weltkrieges von allergrößter Tragweite ist. Am Dienstag wird im preußischen Abgeordnetenhause die zweite Lesung der Wahlrechtsvorlage vor sich gehen. Im Verfassungsausschuß wurde die Regierungsvorlage, die das gleiche Wahlrecht bringt, mit 19 gegen 16 Stimmen abgelehnt und ein maßlos gehässiges Pluralwahlunrecht zum Beschluß erhoben. Die Unrechts-Mehrheit im Ausschuß kam zustande, indem sich die Hälfte der nationalliberalen Ausschußmitglieder auf die Seite der konservativen Rechtsverweigerer schlug. Die Nationalliberalen bilden auch in der bevorstehenden Sitzung des Abgeordnetenhauses das Zünglein an der Wage. Werden die Scharfmacherelemente dieser Partei auch in der letzten Entscheidungsstunde das gleiche Wahlrecht zu Fall bringen? Und wie wird in diesem Falle die Regierung sich entschließen?

Man nimmt an, daß lange Erörterungen im Abgeordnetenhause nicht mehr stattfinden werden. Sie wären auch völlig unnötig, denn die Dinge sind bereits geklärt. Die ungeheuerliche Tatsache liegt vor aller Augen, daß die konservativ-großkapitalistische Kaste den Millionen deutscher Männer, die das Vaterland in diesem schrecklichsten aller Kriege gerettet haben, nach wie vor die staatsbürgerliche Gleichberechtigung verweigert. Auch das feierlich gegebene Wort des Kaisers und Königs gilt jenen Königtreuen nichts, wenn es sich darum handelt, ihre Vorrechte zu sichern und etwaige Steuerbelastung von sich fernzuhalten. Die Frage ist nur noch, ob eine Mehrheit für diese Brutalitätspolitik im Dreiklassenhause vorhanden ist und ob die preußische Regierung den festen Willen besitzt, den Kampf für das gleiche Wahlrecht allen Widerständen zum Trotz zu Ende zu führen.

Selten war eine Partei in so verantwortungsvoller und schwieriger Lage wie jetzt die Nationalliberalen. Der in dieser Partei schon immer vorhandene Gegensatz zwischen dem rechten Flügel des großindustriellen Scharfmachertums und den liberalen Elementen droht aus Anlaß der Wahlrechtsfrage das Gefüge der Partei völlig zu zersprengen. Am Sonntag wurde ein außerordentlicher Vertretertag der Partei für Preußen in Berlin abgehalten, der sehr stark besucht war, um die Stellung der Partei zum gleichen Wahlrecht zu beraten und festzulegen. Die Gegensätze prallten scharf aufeinander. Abg. Schiffer, der zugleich das Amt eines Unterstaatssekretärs im Reichsschatzamt inne hat, hielt das einleitende Referat. Er stellte die Frage: „Soll und kann das gleiche Wahlrecht durch nationalliberale Abgeordnete entscheidend zu Fall gebracht werden?" Schiffer sprach die Ueberzeugung aus, daß die Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen nicht mehr aufzuhalten ist. Der Strom der Entwicklung, erklärte er, werde jeden Widerstand zerschellen. Er riet seinen Parteifreunden, sich diesem Strom der Entwicklung nicht zu widersetzen, sondern Vertrauen zum preußischen und deutschen Volke zu haben.

Der jetzige Vorsitzende der nationalliberalen Landtagsfraktion, Abg. Lohmann, hielt die Gegenrede. Er erklärte offen, daß er das gleiche Wahlrecht nicht will, weil davon „ein Ueberwuchern der Sozialdemokratie" zu befürchten sei. Er bezeichnete die königliche Wahlrechtsbotschaft als ein Unglück, und er ließ deutlich erkennen, daß er den Widerstand gegen das gleiche Wahlrecht noch für aussichtsreich ansieht. Er und seine schwerindustriellen Kollegen spekulieren offensichtlich auf die Schwäche der Regierung. Und leider scheint diese Spekulation, wie wir noch sehen werden, nicht unberechtigt zu sein!

Nach längerer Erörterung nahm der nationalliberale Vertretertag **folgenden Antrag Leidig mit 419 gegen 129 Stimmen an:**

„Der fünfte preußische Vertretertag der Nationalliberalen stellt sich auf den Boden des gleichen Wahlrechts für Preußen, das er als eine Staatsnotwendigkeit erachtet. Er erwartet deshalb, daß die nationalliberalen Mitglieder des Abgeordnetenhauses dem gleichen Wahlrecht im Rahmen der Regierungsvorlage zustimmen. Er lehnt die Verantwortung dafür ab, wenn nationalliberale Abgeordnete nach der Entscheidung des Preußentages, als der maßgebenden Instanz, durch ihre Abstimmung den Ausschlag gegen das Wahlrecht herbeiführen sollten."

Hat sich hiermit der nationalliberale Vertretertag auch mit recht stattlicher Mehrheit für das gleiche Wahlrecht entschieden, so erscheint sein Beschluß doch keineswegs genügend, um die wahlrechtsfeindliche Minderheit zur Räson zu bringen. Es wäre nötig gewesen, dieser Minderheit keinen Zweifel zu lassen, daß ihre Mitglieder, falls sie das gleiche Wahlrecht verhindern, bei den nächsten Wahlen nicht wieder als Parteivertreter aufgestellt werden können. Zu solcher klärenden Entscheidung vermochte sich der Vertretertag nicht aufzuraffen, und es kann sich bald zeigen, daß den scharfmacherischen Elementen der Mut zu ihrer herostratischen Politik gestärkt wurde.

Vor allem aber wird den nationalliberalen Wahlrechtsfeinden der Mut gestärkt durch die unentschlossene oder zumindest unklare Haltung der Regierung. Würde die Regierung keinen Zweifel lassen, daß sie die Ablehnung des gleichen Wahlrechts mit der Auflösung des Abgeordnetenhauses beantworten werde, so wäre es mit dem Scharfmachertrutz schnell vorbei. Denn Junker und Schwerindustrielle wissen genau, daß sie eine Neuwahl unter der Losung des gleichen Wahlrechts selbst auf Grund des Dreiklassensystems nicht mit heilen Gliedern überdauern können. Die Haltung der Regierung zeigt aber in diesen entscheidungsvollen Stunden weder genügende Entschlußkraft noch Klarheit. Der Vizepräsident des preußischen Staatsministeriums Dr. Friedberg nahm auf dem nationalliberalen Vertretertag das Wort, und er deutete zwar auf einen Wahlkampf hin, aber seine Worte waren keineswegs geeignet, um die Wahlrechtsgegner einzuschüchtern. Dr. Friedberg führte aus:

„Die Gegenseite hat freilich noch eine Hoffnung, nämlich, daß an maßgebender Stelle vielleicht doch noch ein Umschwung eintreten könnte, wenn man sich einem festen Willen gegenübersieht. Diese Ueberzeugung wird von mir nicht geteilt. Mehr kann ich darüber nicht sagen. Andere glauben nicht an eine Auflösung des Abgeordnetenhauses im Kriege; aber daß sie überhaupt nicht in Betracht kommen könnte, ist ein unhaltbarer Grundsatz. Deshalb ist der Widerstand gegen das gleiche Wahlrecht nicht aufrecht zu erhalten."

Gegenüber der Aeußerung Lohmanns im Schlußwort, daß die Auflösung des Abgeordnetenhauses während des Krieges unmöglich sei, vermochte Dr. Friedberg nur zu erwidern: Man dürfe nicht den Anschein erwecken, daß eine Auflösung niemals in Frage kommen könne. Das sind sehr lahme Erklärungen. Sie sind so lahm, daß sie nach der bisherigen Haltung des Vizepräsidenten des preußischen Ministeriums einige Verwunderung hervorrufen müssen. Es dürfte die Meldung der Wahrheit entsprechen, daß die Erklärungen Friedbergs unter dem Eindruck eines am Sonnabend stattgefundenen preußischen Ministerrats gestanden haben, der zwar nicht ausdrücklich, aber doch unverkennbar den Entschluß gefaßt haben soll, **das Abgeordnetenhaus wegen des Wahlrechts nicht aufzulösen.** Dieser Entschluß lähmte die Tatkraft Friedbergs und stärkt den Mut der nationalliberalen Wahlrechtsfeinde. So ermuntert die preußische Regierung durch ihre Entschlußlosigkeit und Mattherzigkeit die Scharfmachertruppe geradezu zur Ablehnung des gleichen Wahlrechts bei der bevorstehenden entscheidenden Abstimmung.

Andrerseits werden Aeußerungen des Reichskanzlers und preußischen Ministerpräsidenten berichtet, die einen etwas festeren Klang aufweisen. Graf Hertling hatte am Sonnabend Unterredungen mit den Vertretern der verschiedenen Arbeiterverbände. Er erklärte, daß er mit der Wahlrechtsvorlage stehe und falle. Er teilte auch mit, daß der Kaiser ihm noch vor wenigen Tagen gesagt habe, daß er nach wie vor an seiner Botschaft festhalte.

Die nächsten Tage werden darüber entscheiden, ob durch die Annahme des gleichen Wahlrechts für Preußen eine Zeit gedeihlicher innerpolitischer Entwicklung gesichert wird oder ob der brutale Klassenegoismus der Reaktion unser Land mitten im Kriege in schwerste innere Kämpfe hineinzutreiben gewillt ist!

Artilleriekampf auf dem Schlachtfelde in Flandern. — Französische Angriffe gegen Hangard zurückgewiesen.

(W. T. B.) Amtlich. Großes Hauptquartier, den 29. April 1918.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Auf dem Schlachtfelde in Flandern von mittag an aufleben der Artilleriekampf. Die Beute seit der Erstürmung des Kemmel hat sich auf über 7100 Gefangene, darunter 181 Offiziere, 53 Geschütze und 233 Maschinengewehre erhöht.

Zwischen dem La-Bassée-Kanal und der Scarpe sowie nördlich von der Somme rege Erkundungstätigkeit der Engländer. Starke Teilangriffe der Franzosen gegen Hangard, Wald und Torf, wurden blutig abgewiesen.

Vorfeldkämpfe an verschiedenen Stellen der übrigen Front. Auf dem Ostufer der Maas brachte ein Vorstoß in die französischen Gräben Gefangene ein.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Hertling zur Wahlrechtsfrage.

Die Nordd. Allgem. Ztg. meldet in ihrer Sonntagsausgabe:

Der Reichskanzler hat gestern eine Anzahl Vertreter der Arbeitergewerkschaften zu einer Aussprache über die die Arbeiterschaft betreffenden Fragen empfangen. Wie uns von einem Teilnehmer der Besprechung mitgeteilt wird, äußerte der Kanzler sich bei dieser Gelegenheit zu den christlich-nationalen Arbeiterführern auch über die Wahlrechtsfrage. Er betonte, daß er mit dem preußischen Wahlrecht

stehe und falle.

Vor einigen Tagen noch habe sich der Kaiser ihm gegenüber dahin geäußert, daß er nach wie vor unbedingt auf dem Boden der Wahlrechtsvorlage stehe. Anders lautende Gerüchte seien durchaus unzutreffend.

Die Arbeiterführer versicherten dem Kanzler, daß in der gesamten deutschen Arbeiterbewegung keinerlei Neigung oder gar Absicht bestehe, in eine Streikbewegung einzutreten. Gerüchte, die anders lauteten, hätten in der Arbeiterbewegung keine Begründung. Sehr erwünscht sei allerdings, daß von den militärischen und Zivilbehörden der Arbeiterbewegung ein größeres Verständnis entgegengebracht werde.

•

Der Empfang der Arbeitervertreter fand, so meldet das B. T., am Sonnabend vormittag um 11 Uhr in der Reichskanzlei statt; er hatte einen unmittelbaren Anlaß in einem Wunsche des Reichskanzlers, der in einer Besprechung der Arbeitervertreter mit dem Staatssekretär des Reichswirtschaftsamtes v. Stein am Freitag von diesem zum Ausdruck gebracht wurde. Die Arbeiterführer wurden in Gruppen empfangen, der Besuch dauerte etwa 20 Minuten. Die Arbeiterführer bekamen außer der oben wiedergegebenen Erklärung, daß sie es für sehr bedenklich hielten, wenn die Regierungsvorlage zum preußischen Wahlrecht vom Landtage abgelehnt würde. Darauf hin erwiderte der Reichskanzler, daß er mit dem gleichen Wahlrecht stehe oder falle. Die Parteien des preußischen Abgeordnetenhauses werden am Dienstag an diesem entschiedenen Wort des Reichskanzlers nicht vorübergehen können.

Russische Proteste.

Das russische Volkskommissariat des Auswärtigen hat gegen die Vereinigung Bessarabiens mit Rumänien bei der rumänischen Regierung Protest eingelegt. Er gründet sich darauf, daß diese Vereinigung eine Verletzung des Vertrages bedeute, in dem sich Rumänien verpflichtete, seine Truppen binnen zwei Monaten aus Bessarabien zurückzuziehen. Eine Anlehnung Bessarabiens an Rumänien wünschten nur die Großgrundbesitzer, nicht die große Masse der Bevölkerung. Ein all-moldauischer Bauernkongreß in Kischinew, der in den Tagen vom 18. bis 25. Januar tagte, habe entschieden gegen die rumänische Okkupation protestiert.

Einen ähnlichen Protest hat das russische Ministerium des Auswärtigen in einem Telegramm an das deutsche Auswärtige Amt gegen den deutschen Vormarsch in die Krim eingelegt. Die Russen machen geltend, daß die Krim nicht zur Ukraine gehöre, so daß der Vormarsch in dieses Gebiet eine schwere Verletzung des Brest-Litowsker Vertrages darstelle. Das Ministerium des Auswärtigen spricht daher die Erwartung aus, daß der deutsche Vormarsch eingestellt werde.

Das deutsch-ukrainische Abkommen über den Warenaustausch darf nunmehr als geregelt gelten. Aus Berlin wird gemeldet: „Die deutsche Delegation in Kiew, die die Verhandlungen mit der ukrainischen Volksrepublik über den beiderseitigen Warenaustausch zu führen hatte, hat ihre Arbeiten abgeschlossen, nachdem am 23. April das Wirtschaftsabkommen zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn einerseits und der ukrainischen Volksrepublik andrerseits unterzeichnet worden ist. Der Vertrag besteht aus einer Reihe von Einzelabkommen und Vereinbarungen, die für Deutschland und Oesterreich-Ungarn gemeinsam abgeschlossen wurden. Das wichtigste Abkommen ist das über die Lieferung von Getreide, Hülsenfrüchten, Futtermitteln und Sämereien. Wegen dieser Bezüge wurde zunächst eine Vereinbarung über die Organisation der Aufbringung in der Ukraine und sodann ein Vertrag über die Lieferung abgeschlossen. Die Aufbringung erfolgt durch eine Organisation, die unter dem Namen Staatsgetreidebureau bereits ins Leben getreten ist und aus Angehörigen der landwirtschaftlichen Börsen, aus Pächtern und Besitzern von Mühlen sowie aus landwirtschaftlichen Genossenschaften besteht. Von den übrigen Abkommen sind hervorzuheben diejenigen über die Lieferung von Eiern, Schlachtvieh und Eisenerzen. Ueber den Bezug von Kartoffeln, Gemüse, Trockengemüse, Sauerkraut und Zwiebeln wurde den Mittelmächten der freie Einkauf zugestanden."

Der Ernährungsbeirat in Berlin hat von einer Herabsetzung der Brotration einstweilen Abstand genommen, weil die Hoffnung besteht, daß Zufuhren aus der Ukraine den deutschen Getreidevorrat genügend erhöhen, um die Brot-

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19180429/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG